

SPARMASSNAHMEN DES BUNDES

Dicke Luft wegen Umweltschutz



Widerspruch? Wirtschaftsministerin Doris Leuthard wirbt für die Cleantech-Branche; der Bundesrat will aber Kredite streichen. Keystone

Der Bundesrat will in seinem neuesten Sparprogramm Kredite für die Entwicklung von Umwelttechnologien streichen. Die Branche ist empört. Sie wirft der Regierung vor, nicht zu ihrem Wort zu stehen.

«Wer heute in den Klimaschutz investiert, der wird morgen auf den Weltmärkten zu den Gewinnern zählen.» So setzte sich Wirtschaftsministerin Doris Leuthard im letzten Winter anlässlich des Swiss Innovation Forum in Basel für die Förderung von Technologien im Umweltschutzbereich ein. Jetzt scheint aber ausgerechnet der Gesamtbundesrat nicht mitziehen zu wollen.

In seiner neuesten Sparübung, dem Konsolidierungsprogramm 2011–2013, plant die Regierung, die Förderung von Umwelttechnologien aus dem Umweltschutzgesetz zu streichen. Seit 1997 unterstützt der Bund die Entwicklung von Anlagen und Verfahren für den Umweltschutz mit Krediten. Gegenwärtig stehen dafür jährlich 4,5 Millionen Franken zur Verfügung. In den letzten Jahren wurden über 170 Projekte (mit-)finanziert. Profitiert hat unter anderem auch die Universität Bern. Sie entwickelte zum Beispiel eine neue, effizientere Messmethode für die Bodendichte.

«Keine Staatsaufgabe»

Auch dafür soll es künftig kein Geld aus dem Fördertopf mehr geben. Am Montag hat der Bundesrat die beteiligten Unternehmen und Verbände über seine Absichten informiert. Seine wichtigsten Begründungen:

- Es sei nicht Aufgabe des Staates, als Risikokapitalgeber in marktnahen Bereichen aufzutreten.

- Die Nachfrage nach Fördermitteln habe sich bisher in Grenzen gehalten.
- Bisher wurden die Kredite nur in geringem Umfang zurückbezahlt.
- Entsprechende Projekte könnten auch über die bundeseigene Förderagentur für Innovation KTI oder die Beiträge des Bundes an die ETH und Fachhochschulen gefördert werden.

«Sehr fragwürdig»

Die beteiligten Unternehmen und Schulen sind konsterniert. «Das Vorgehen des Bundesrates ist schon sehr fragwürdig», sagt Thomas Heim, Koordinator beim Konsortium Umwelt & Energie eco-net.ch. Die Einrichtung vermittelt zwischen Firmen, Non-Profit-Organisationen, Institutionen der öffentlichen Hand und Hochschulen und fördert umweltgerechte, energieeffiziente und marktfähige Produkt- und Prozessinnovationen. Heim moniert: «Auf der einen Seite propagiert der Bundesrat seinen Masterplan Cleantech und lobt die Umwelttechnologien. Auf der anderen Seite will er ausgerechnet das stärkste Instrument zur Förderung von solchen Produkten abschaffen.»

Mit dem Masterplan will die Regierung die Branche der Umwelttechnologien besser mit den staatlichen Instrumenten und Instanzen verknüpfen. Die

Schweiz solle als Innovationsstandort «an der Spitze» gehalten werden. Dies kann nach Meinung des Bundesrates offenbar auch ohne Fördermittel für Umwelttechnologien gelingen. Betroffene Unternehmen wie Wissenschaftler wollen sich im Rahmen der Vernehmlassung, die noch bis Ende Mai läuft, wehren.

Franziska Teuscher, Berner Nationalrätin (Grüne) und Präsidentin des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS), hält die Argumente des Bundesrates für wenig fundiert. Die geringe Nachfrage nach Fördermitteln habe auch mit dem komplizierten Antragsverfahren zu tun und könne zudem mit einer ungenügenden Kommunikation über den Unterstützungsfonds zusammenhängen. Und: Die Bundesagentur KTI könne die bisherige Förderung eben nicht ersetzen. «Bei der KTI gelten ganz andere Anforderungen an die Projekte», erklärt Teuscher.

Die Produkte müssten vor allem wettbewerbsfähig sein; ein Marktpotenzial sei zwingend, sagt Teuscher. Bei den Umwelttechnologien gehe es primär darum, die Umweltbelastung im öffentlichen Interesse zu vermindern. Über die Pläne des Bundesrates kann die Politikerin nur den Kopf schütteln: «Statt bei der Umwelttechnologie abzubauen, müssen wir doch gerade jetzt ausbauen und optimieren.» MICHAEL WIDMER

CLEANTECH

Technologie für Umwelt

Unter Cleantech werden gemäss dem Bund diejenigen Technologien, Industrien und Dienstleistungen zusammengefasst, die zum Schutz und zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen beitragen. Cleantech umfasst unter anderem: er-

neuerbare Energien, Energieeffizienz, Energiespeicherung, erneuerbare Materialien, Ressourcen-/Materialeffizienz (inkl. Abfallwirtschaft und Recycling), nachhaltige Wasserwirtschaft, Mobilität und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. **mic**